

Mitteilungen

FOLGE 250
März 2022

WIDER DIE MACHT

Die Kunstsammlung des DÖW im Haus der Geschichte in St. Pölten

Über 150 Grafiken, Zeichnungen und Ölgemälde aus der Kunstsammlung des DÖW werden in einer Sonderausstellung des Hauses der Geschichte in St. Pölten vom 26. Februar 2022 bis 15. Jänner 2023 gezeigt. Die Exponate dokumentieren Widerstand, Krieg, Verfolgung und Exil zwischen 1934 und 1945 und ermöglichen in vielen Fällen als persönliche Zeugnisse von Haft und Flucht Einblicke in Schicksale und Lebenswege.

Grundlage der Ausstellung war ein vom Amt der Niederösterreichischen Landesregierung/Abteilung Wissenschaft und Forschung gefördertes, im Herbst 2021 abgeschlossenes Projekt mit dem Ziel der möglichst vollständigen Erfassung und wissenschaftlichen Aufarbeitung der Kunstwerke im Besitz des DÖW. Die Arbeiten erfolgten in Kooperation mit dem Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung, Außenstelle Raabs.

Ausgewählte Bilder und Grafiken aus der DÖW-Sammlung wurden bereits 2015 im Rahmen der Wiener Festwochen und 2016 im GrazMuseum präsentiert.

Die Ausstellung *Wider die Macht* gliedert sich in einen chronologischen und in einen thematischen Teil. Im ersten Teil wird anhand beispielhafter Biografien und Kunstwerke von den verschiedenen Formen des Widerstandes berichtet: Vom Bürgerkrieg in Spanien über die Résistance in Frankreich, in der zahlreiche ÖsterreicherInnen aktiv waren, bis zum militärischen Widerstand am Ende des Zweiten Weltkrieges.

Im zweiten Teil zeigt die Ausstellung, wie die Überlebenden nach 1945 ihre Erinnerungen auf unterschiedliche künstlerische Weise verarbeiten. Manche dokumentieren ihre traumatischen Erfahrungen in drastischen Darstellungen, andere verwandeln sie in abstrakte Formen, wiederum andere wollen mit ihren Bildern vor einer Wiederholung der Geschichte warnen.

Die Kunstsammlung des DÖW ist keine konzipierte, nach definierten Kriterien angelegte Sammlung: ihre Exponate sind Geschenke von Künstlern und Künstlerinnen, die sich dem DÖW verbunden fühlten – darunter heute in Vergessenheit Geratene ebenso wie Namhafte, etwa Oskar Kokoschka, Alfred Hrdlicka, Axl Leskoschek, Trude Wächner, Alfons Walde, Georg Eisler u. a. Auch Carry Hauser (1895–1985) ist Teil der etablierten österreichischen Kunstszene, seine Arbeiten sind in allen bedeutenden Sammlungen enthalten. Hauser war 1927/28 Präsident und 1928 bis 1938 Vorstandsmitglied der liberalen Künstlervereinigung Hagenbund,



Carry Hauser:
Ohne Titel
(1969)

DÖW, Foto:
Christoph
Fuchs

Von Carry
Hauser erhielt
das DÖW
Grafiken aus
verschiedenen
Schaffens-
perioden,

im „Ständestaat“ engagierte er sich u. a. im Rahmen seiner Funktion in der Vaterländischen Front gegen den Nationalsozialismus. Nach dem „Anschluss“ 1938 wurde er mit Berufsverbot belegt. Hauser lebte ab 1939 im Schweizer Exil, seine Frau und seinen Sohn, die ebenfalls flüchteten, sollte er erst 1947 wiedersehen.

Ebenfalls Bestandteil der Sammlung sind in situ entstandene Zeugnisse der Haft in Ghettos und Konzentrationslagern, so etwa einige 1943/44 entstandene Zeichnungen der aus Breslau stammenden Malerin Else Argutinsky-Dolgorukow (1873–1953), die den Alltag und die Lebensbedingungen im Ghetto Theresienstadt dokumentieren. Argutinsky-Dolgorukow wurde im Herbst 1942 im Alter von fast 70 Jahren von Berlin in das Ghetto Theresienstadt deportiert, wo sie 1945 die Befreiung erlebte. Sie war danach nicht mehr künstlerisch tätig, ihr Schaffen ist heute nahezu unbekannt.

Im Zuge der Flucht vor der NS-Verfolgung ging ein Großteil der Werke, die zurückgelassen werden mussten, verloren – die in Wien geborene Malerin und Grafikerin Trude Wahnner (1900–1979) war davon gleich zweimal betroffen. Sie wurde in den späten 1920er-Jahren am Bauhaus in Dessau aufgenommen, 1931 zog sie nach Berlin. Ihre antifaschistischen Grafiken machten auch sie zum Ziel nationalsozialistischer Angriffe, so wurde etwa ihr Atelier verwüstet. Nach der NS-Macht ergreifung 1933 flüchtete Wahnner zurück nach Wien, nach der Annexion Österreichs durch Hitlerdeutschland im März 1938 gelangte sie über die Schweiz, Frankreich und Großbritannien in die USA. Sowohl ihre Berliner als auch ihre Wiener Arbeiten aus den 1930er-Jahren verschwanden.

Brigitte Steinitz (1919–2011), im „Ständestaat“ als Mitglied des KJV zweimal in Haft, musste 1938 wegen ihrer jüdischen Herkunft Österreich verlassen. Sie überlebte in Großbritannien, wo sie der Exilorganisation *Young Austria* angehörte. Ihr Vater, der sozialdemokratische Rechtsanwalt und Schriftsteller Heinrich Steinitz (1879–1942), wurde am 14. März 1938 festgenommen; nach Haft in den KZ Dachau und Buchenwald wurde er im Oktober 1942 nach Auschwitz überstellt und dort am 7. November 1942 ermordet.

Eine Sonderstellung innerhalb der Kunstsammlung des DÖW nehmen die Arbeiten von André Verlon (Willy Verkauf, 1917–1994) dar, da das DÖW dessen künstlerischen Nachlass betreut. Der Schriftsteller, Verleger und Publizist Willy Verkauf, der als Jugendlicher 1933 mit seiner Familie nach Palästina auswanderte und dort 1942 Mitbegründer der



Else Argutinsky-Dolgorukow: Theresienstadt (1943) | DÖW, Foto: Christoph Fuchs



Trude Wahnner: Schöpfung und Vernichtung, Sommernachtstraum am Rhein (1969, nach einer Grafik von 1932) | DÖW, Foto: Christoph Fuchs



André Verlon (Willy Verkauf): Sein oder Nichtsein (1963) | DÖW, Foto: Christoph Fuchs

Exilorganisation *Free Austrian Movement* war, wandte sich erst Ende der 1950er-Jahre unter dem Künstlernamen André Verlon der bildenden Kunst zu und entwickelte eine eigene Technik: Montage-Painting (Zeitungsbilder, Fotos u. Ä. auf dem Bildgrund werden mit Farbe malerisch bearbeitet und ergänzt). Die Sammlung enthält neben Montage-Paintings und anderen Papierarbeiten auch Textilobjekte Verlons.

Wider die Macht

Die Kunstsammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes

Sonderausstellung im Haus der Geschichte in St. Pölten, Kulturbezirk 5

26. Februar 2022 bis 15. Jänner 2023,
Dienstag bis Sonntag, Feiertage 9.00
bis 17.00 Uhr, Montag (außer Feiertag)
geschlossen

KuratorInnen: Christoph H. Benedikter,
Christian Rapp, Ursula Schwarz

Wissenschaftliches Team: Andrea Thuile,
Benedikt Vogl, Heidrun Wenzel

Weitere Informationen:

www.museumnoe.at/de/haus-der-geschichte/Sonderausstellung/wider-die-macht



Brigitte Steinitz: Mann in KZ (1961)

DÖW, Foto: Christoph Fuchs

Bei dem dargestellten Mann mit Brille handelt es sich vermutlich um Heinrich Steinitz, der 1942 als Jude und prominenter Sozialdemokrat in Auschwitz ermordet wurde.

Winfried R. Garscha

Eine Rebellin wurde hundert – Die österreichisch-französische Widerstandskämpferin Melanie Berger-Volle

Es war eine der spektakulärsten Befreiungsaktionen im nationalsozialistischen Machtbereich: Am 15. Oktober 1943 entführte ein vierköpfiges Kommando, verkleidet als deutsche Beamte, die österreichisch-französische Widerstandskämpferin Melanie Berger aus einem verriegelten und vergitterten Raum des Spitals „La Conception“ in Marseille. Das Spital hatte eine eigene, streng bewachte Abteilung für Häftlinge aus dem Gefängnis „Les Baumettes“. Berger war kurz davor wegen einer akuten Leberentzündung in das Krankenhaus überstellt worden. Die Gruppe bestand aus einer Frau, die als Rot-Kreuz-Schwester verkleidet war und dolmetschte, einem „echten“ und einem verkleideten Wehrmachtssoldaten sowie einem angeblichen Gestapobeamten und verlangte im harschen Ton die Auslieferung der Gefangenen, weil sie zu einem Verhör gebracht werden müsse. Tatsächlich wartete aber kein Wagen der Gestapo, sondern ein Taxi vor dem Krankenhaus.

Am 8. Oktober vergangenen Jahres feierte Melanie Berger-Volle im französischen Saint-Étienne ihren 100. Geburtstag. 2015 hatte sie im Rahmen einer Festveranstaltung in der österreichischen Botschaft in Paris, an der zahlreiche Persönlichkeiten teilnahmen, die sich in der Erinnerungsarbeit in Frankreich engagieren, das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich erhalten. Petra Herczeg und Rainer Rosenberg gestalteten für den ORF ein Porträt der Widerstandskämpferin in der Ö1-Serie *Menschenbilder*, das 2015 erstmals gesendet wurde. Schon zwei Jahre zuvor war Melanie Berger-Volle als Zeitzeugin im zeitgeschichtlichen Projekt *ici-même* (genau hier) aufgetreten, mit dem das österreichische Kulturforum Paris an die Rolle von Marseille als Fluchtpunkt österreichischer Juden und Jüdinnen, WiderstandskämpferInnen und KünstlerInnen erinnerte.

Melanie Berger wuchs in Wien-Leopoldstadt auf. Rebellisch war sie schon als Kind

gewesen, erzählte sie 2013 in einem Interview mit der *Wiener Zeitung*. Sie konnte nicht verstehen, „dass es Menschen gibt, die glauben, dass sie besser sind, weil sie eine andere Hautfarbe haben, oder eine andere Religion“. Mit 12½ erlebte sie die Februarkämpfe des Jahres 1934, wenige Monate später lernte sie den damals 17-jährigen sozialdemokratischen Jugendfunktionär Peter Strasser kennen, dessen ältere Schwester Jenny im selben Haus wohnte wie ihre Eltern. Der Ort, an dem sich rebellische Jugendliche treffen konnten, war die Lobau mit ihren der „Freikörperkultur“ gewidmeten Badestellen. „Und so habe ich meine erste politische Diskussion nackt erfahren“, erzählte sie als 92-Jährige.

Sie schloss sich zunächst den illegalen Revolutionären Sozialisten (RS) an, wechselte aber mit 15 zur Gruppe der Revolutionären Kommunisten, die sowohl zu den RS als auch zur KPÖ in Opposition standen. 1938 flüchtete sie über Belgien nach Frankreich, nach dem deutschen Überfall

auf Frankreich im Mai 1940 weiter in den (vorläufig noch unbesetzten) Süden. Über Clermont-Ferrand gelangte sie nach Montauban, wo sich bereits zahlreiche andere sozialistische Flüchtlinge aus Österreich aufhielten, darunter einige Prominente wie Friedrich Adler und Karl Hans Sailer, die dort auf die rettenden Visa in die USA warteten.

Schon in Clermont-Ferrand, wo sie vorübergehend bei einem Rechtsanwalt arbeitete, wirkte sie als „Relais“ zwischen verschiedenen Stützpunkten der Revolutionären Kommunisten innerhalb und außerhalb Frankreichs. In Montauban stellte sie gemeinsam mit Georg Scheuer und anderen trotzkistischen Flüchtlingen Propagandamaterial her, das über die Demarkationslinie nach Norden, in die besetzte Zone Frankreichs, gebracht und unter Wehrmachtssoldaten verbreitet wurde. Im Jänner 1942 wurde sie, gemeinsam mit anderen, verhaftet. Nach mehrtägigen Verhören in Montauban überstellte sie die

französische Polizei nach Toulouse. Das dortige Sondergericht verurteilte sie am 18. Dezember 1942 zu 15 Jahren Zwangsarbeit. Bei der politischen Zuordnung der jungen Trotzkinistinnen waren sich die Richter nicht ganz sicher und warfen ihr umstürzlerische Aktivitäten „in kommunistischer oder anarchistischer Absicht“ vor. Bei allen Verhören bestand Melanie Berger darauf, dass sie keine Deutsche, sondern „Ex-Autrichienne“, also Ex-Österreicherin war.

Melanie Berger blieb nach der Befreiung in Frankreich. In den 1960er-Jahren heiratete sie den französischen Journalisten Lucien Volle, der ebenfalls in der Résistance gekämpft hatte.

Das DÖW verwahrt zahlreiche Dokumente betreffend Melanie Bergers Widerstandstätigkeit, darunter Kopien des Sondergerichtsurteils vom 18. Dezember 1942 und ein lebensgeschichtliches Interview aus dem Jahre 1983.

WIR BETRAUERN

Am 25. Jänner 2022 starb der Kirchenhistoriker em. o. Univ.-Prof. Dr. Maximilian **Liebmann**, der dem Kuratorium des DÖW angehörte, im 88. Lebensjahr. Liebmann, 1991–1999 Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz, befasste sich in seinen Arbeiten u. a. mit der Rolle der katholischen Kirche im „Ständestaat“ und unter dem NS-Regime.

Im Alter von 100 Jahren starb der Journalist Ernst **Fettner**, Förderer des DÖW, am 15. Dezember 2021. Nach dem „Anschluss“ 1938 als Jude verfolgt, flüchtete er 1939 nach Großbritannien und war dort in der Exilorganisation *Young Austria* und im KJV aktiv. Von 1943 bis Kriegsende kämpfte er als Soldat der britischen Streitkräfte, 1946 kehrte er nach Österreich zurück und arbeitete für die KPÖ-Zeitungen *Volkswille* und *Volksstimme*.

Peter Steinbach

Robert Bernardis (1908–1944)

Peter Steinbach, wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin, setzt sich mit der Widerstandsbiografie Robert Bernardis' bzw. deren Rezeption durch spätere Generationen auseinander.

Viele Regimegegner aus dem bürgerlichen, dem militärischen und dem Lager des Adels leiden unter der fehlenden Bereitschaft vieler Nachlebenden, neben ihren Prägungen und Fehlverhalten zu würdigen, dass sie sich an irgendeinem Punkt ihres späteren Lebens richtig entschieden und sich gegen die Herrschaft Hitlers wandten. Sie überwandern gleichsam Positionen, die sie lange mit dem verbreiteten Zeitgeist und den Zielen der Nationalsozialisten geteilt hatten. Zu ihnen gehörte Robert Bernardis. Seine Entscheidung, sich am Umsturzversuch gegen Hitler zu beteiligen, wird nicht von allen anerkannt, seine Würdigung und Ehrung kritisiert, sicherlich auch missverstanden. Deshalb mag es immer wichtiger werden, manche Bahnen einer unhistorischen Argumentation zu verlassen, die sich am Prinzip einer historisch unrealen Reinheitsvorstellung orientiert. Denn Leben bedeutet immer auch, schuldig zu werden. Kein Widerstandskämpfer kam schuldiglos durch die Zeitläufte. Dies eröffnet den Nachlebenden sogar die besonders wichtige Möglichkeit, sich mit den Brechungen, dem Versagen, dem Aufrufen und irgendwann auch mit der historischen Bewährung ver-

traut zu machen, die sich in den zeithistorisch durch Diktaturen und Ablehnung von Demokratie und Gleichheitsvorstellung geprägten Irrungen manifestieren.

Unbestreitbar ist: Robert Bernardis gehört zu den wenigen Wehrmachtsoffizieren, die sich am Nachmittag des 20. Juli 1944 entschlossen und ohne Rücksicht auf eventuelle persönliche Konsequenzen für das Gelingen des Umsturzversuches einsetzten, den Stauffenberg kurz nach 12 Uhr mit dem Attentat auf Adolf Hitler einleiten wollte. Er gehörte zu den engsten Vertrauten Stauffenbergs. Ab Sommer 1942 war er in herausgehobener Funktion im Allgemeinen Heeresamt tätig. Nach der Versetzung Stauffenbergs zum Befehlshaber des Ersatzheeres im Berliner Bendlerblock arbeiteten beide immer enger zusammen. Beide waren mit den Konsequenzen der totalen Kriegsführung des OKW konfrontiert, gewannen also einen präzisen Eindruck von Opfern, Ausrüstung und den Folgen der Durchhaltebefehle.

Bernardis hatte Stauffenberg gegenüber genaue Kenntnisse der Verbrechen voraus, die aufgrund von Kommissarbefehl und Gerichtsbarkeitserlass gegenüber sowjetischen Kriegsgefangenen, der jüdischen

Bevölkerung in den besetzten Gebieten und im Rahmen des Partisanenkriegs, der üblicherweise „Bandenkampf“ genannt wurde, verübt wurden. Da er bereits im Sommer 1941 als Generalstabsoffizier in der Funktion des I C im Einsatzbereich des 51. Armeekorps für die sogenannte Gegenaufklärung und Beobachtung verantwortlich war, hatte er die Auswirkungen der Überzeugung kennengelernt, dass Rotarmisten angeblich keine Kameraden, sondern Träger des Bolschewismus wären. Die menschenverachtenden Folgen dieser Überzeugung sah er mit eigenen Augen in Shitomir. Die Massen der Gefangenen wurden sich überlassen. Es kam zu Übergriffen bis zum Kannibalismus aus Hunger. Hinter den Frontlinien wüteten überdies Einsatzgruppen und Einsatzkommandos. Auch deren Mordaktionen blieben Bernardis nicht verborgen. Er gehörte also zu den sich später zur Tat durchringenden Regimegegnern, die sehr frühzeitig sehr umfassende Kenntnisse von den konkreten Mordaktionen hatten. Die entsprechenden Befehle und Meldungen gingen mit Sicherheit über den Schreibtisch des I C. Das bedeutet nicht, dass diese in der Wehrmacht ihren Dienst verrichtenden

Regimegegner eine treibende Kraft der Vernichtungsaktionen waren, sondern dass sie sichere Kenntnisse von Wehrmachtverbrechen hatten, die sie mit verlässlichen Kameraden, nicht selten im gemeinsamen Entsetzen über die nationalsozialistische Besatzungsherrschaft, teilten. Im Sommer 1942 wurde Bernardis – einst sogar mit großer Wahrscheinlichkeit Mitglied der NSDAP – angesichts der Verbrechen klar, dass er gegen Eid und Gehorsam das Regime zu bekämpfen hatte.

Bernardis erfuhr konkret, was es bedeutete, in einen Rassen- und Weltanschauungskrieg eingebunden zu sein. Insofern teilte er das Dilemma mancher Wehrmachtangehöriger, die das Spannungsverhältnis von Kooperation und Konfrontation mit dem Regime aushielten und für sich lösten, indem sie über die Grenzen von Befehl und Gehorsam nachdachten. In Kenntnis der nationalsozialistischen Rassen- und Gewaltverbrechen löste er sich und überwand – was geradezu eine exemplarische Bedeutung im Rahmen der Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus hat – manche der Zielvorstellungen, die er von den Nationalsozialisten zunächst übernommen und bis 1942 geteilt hatte.

Im Herbst 1943 traf er im Bendlerblock auf Stauffenberg. Beide verbanden Kenntnisse der verbrecherischen Kriegsführung, Kritik an der servilen Generalität und die Einsicht in die immer aussichtslosere Kriegslage. Beide arbeiteten eng zusammen. Dienstrangmäßig waren sie nicht sehr weit auseinander – der eine Oberstleutnant, der andere Oberst. So belegen sie die These, dass vor allem das mittlere Offizierskorps zum Handeln entschlossen war. Beide ähneln sich auch in der Entschiedenheit ihres Tuns. Beide haben Familie und Kinder, lassen sich aber durch ihre Rolle als Familienväter nicht lähmen. Sie verkörpern so – wiederum exemplarisch – eine Radikalität sich selbst gegenüber, die sie gemeinsam an den Umsturzplanungen der Operation „Walküre“ arbeiten lässt. Die NS-Führung wollte mit diesen Plänen versuchen, den befürchteten Aufstand von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern im Deutschen Reich niederzuschlagen. Für die Verschwörer handelte es sich darum, der Wehrmacht zu ermöglichen, Teil des Aufstandes zu werden, der sich gegen die NS-Führung richtete. Bernardis knüpfte wichtige Verbindungen nach Wien, vor allem aber löste er in den späten Nachmittagsstunden des 20. Juli 1944 die Operation der Kampfverbände in unmittelbarer Umgebung Berlins aus. Er hatte dadurch neben Stauffenberg und Mertz von

Quirnheim eine der wichtigsten und riskantesten Aufgaben im Zusammenhang mit der geplanten Mobilisierung der Wehrmacht gegen Parteiverbände wie die SS übernommen. Die mobilisierten Verbände wurden von Bernardis nicht über die Ziele der befohlenen Operation informiert. Dies entsprach der Taktik der Verschwörer, auf die Wirkung von Befehl und Gehorsam zu setzen.

Nach dem Scheitern des Umsturzversuches wurden die Befehle und die Befehlswege sehr bald bekannt. Bernardis gehörte nicht nur zu den ersten Verhafteten, sondern auch zu den Offizieren, die schon beim ersten Prozess des Volksgerichtshofs verurteilt und unmittelbar danach – bereits am 8. August 1944 – hingerichtet wurden. Damit ist auch seine herausragende Rolle dokumentiert, die er bei dem Umsturzversuch einnahm.

Robert Bernardis Lebensgeschichte spiegelt das Dilemma des Menschen im Jahrhundert der Extreme, im Rassen- und Weltanschauungskrieg. Er war Teil der Wehrmacht und insofern in einen Krieg verstrickt, den wir heute in der Nachfolge der Diskussion über die Hamburger Wehrmachtausstellung als verbrecherisch anerkennen. Regimegegner hatten dies viel früher als ihre die NS-Zeit überlebenden Zeitgenossen erkannt, die bis zuletzt zu der Fahne standen, die das Hakenkreuz trug. Wie jeder Soldat und wie jeder Zeitgenosse hatte Bernardis bis 1942 seinen Anteil am Erhalt des NS-Staates und seiner Besatzungsherrschaft. Im Unterschied zu den meisten blickte er genau hin und erkannte Unrecht und Verbrechen, vielleicht zu spät, aber immerhin! Er unterschied sich von vielen, die wegschauten. Er durchschaute das System, empörte sich und handelte. Und er ging dann sehr konsequent seinen Weg bis an den Galgen von Plötzensee. Er konnte handeln, weil er präzise Kenntnisse der Verbrechen der NS-Führung hatte. Er zog seine persönlichen, lebensbedrohlichen Konsequenzen, indem er an der Beseitigung dieses Systems arbeitete. Hoch- und Landesverrat waren für ihn angesichts der extremen Unmenschlichkeit des NS-Staates kein Problem. Hitler und dessen Herrschaft waren zu beseitigen.

Ihn als Wehrmachtsverbrecher zu bezeichnen, verkennt seine Motivation und seine Leistung. Auf den ersten Blick wird überdies deutlich, wie unsicher die Überlieferung ist, auf die sich dieses Urteil stützt. Eigentlich handelt es sich um einen späten Aufguss vieler Erzählungen, mit denen Regimegegner diskreditiert werden sollten. Auch diese Erfahrung teilt Bernardis mit Stauffenberg, Tresckow und Mertz. Für seine Entwicklung bis 1942 gilt, dass er „seiner Zeit (auch) ähnlicher war als seinem Vater“. Für ihn gilt aber auch, dass er vermutlich erkannte, dass „Leben bedeutet, Schuld auf sich zu nehmen“. Wenn er sich am Widerstand beteiligte, dann nicht, weil er feige, sondern weil er besonders verantwortungsvoll, mutig und konsequent war. Er hatte die Grenzen von Eid und Gehorsam erkannt. Wie andere Regimegegner wusste er, dass Hitler der wahre Verräter war, dass man also einen Verräter nicht verraten konnte, wie Fritz Bauer 1953 betonte, sondern ihn bekämpfen musste. Bernardis hielt vor dem Volksgerichtshof stand, verfolgte wachsam den Prozess und machte zugleich deutlich, wie sehr er die Schergen des Regimes verachtete.

Es ist deshalb angemessen, ein Gebäude des Bundesheeres nach ihm und dem Gefreiten Anton Schmid zu benennen, so geschehen vor rund zwei Jahren mit der Umbenennung der Wiener Rossauer Kaserne in Bernardis-Schmid-Kaserne. Beide waren Angehörige der Wehrmacht und Teil einer Organisation, die den traditionellen



Robert Bernardis | Foto: DÖW

Hegemonialkrieg mit dem Rassen- und Weltanschauungskrieg verband. Sie waren Teil der Kriegsmaschinerie. Aber sie lösten sich aus den Zwängen soldatischen Gehorsams, sagten irgendwann: „Nein“. So zeigt die Lebensgeschichte beider, wie sich Menschen in der Auseinandersetzung

mit ihrer Zeit zu einer konsequenten Haltung durchringen können. Sie sind ein Vorbild für jeden Soldaten, der seit der NS-Zeit weiß, dass jeder Eid ebenso eine Grenze hat wie Befehl und Gehorsam. So gesehen, gehören die Namensgeber zu den Hoffnungsträgern einer politischen Zivili-

sation, die sich bewusst ist, dass politische Ordnung und Herrschaft wertgebunden ist und sich am Recht des Menschen, aber auch an der Verpflichtung des Staates orientiert, die Würde des Menschen in das Zentrum von Leitbild und Leitkultur zu setzen.

Herbert-Steiner-Preis 2021

Seit 2004 verleihen das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) und die International Conference of Labour and Social History (ITH) jährlich den Herbert-Steiner-Preis für herausragende wissenschaftliche Arbeiten über Widerstand, Verfolgung, Exil in der Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus und über die Geschichte der Arbeiterbewegung. Der Preis ist nach dem Mitbegründer und langjährigen Leiter des DÖW und der ITH – dem 2001 verstorbenen Herbert Steiner – benannt.

Mit dem Herbert-Steiner-Preis 2021 wurden Dissertationen von Elisabeth Luif und Douglas Carlton McKnight ausgezeichnet. Aufgrund der Covid-19-Pandemie fand die Preisverleihung am 20. Jänner 2022 als Online-Veranstaltung statt.

Ingrid Bauer

Laudatio für Douglas Carlton McKnight: Persecution and Resistance: The Carinthian Slovenes and Memories of the Second World War

Die Jury hat einen Herbert-Steiner-Preis Douglas McKnight zuerkannt, und zwar für seine interdisziplinäre Dissertation über die Erinnerungskultur der Kärntner Slowenen in Zusammenhang mit Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg. Eingereicht und mit Auszeichnung angenommen wurde die Arbeit (2020) am Department of German der Georgetown University in Washington D.C. Den für die Dissertation notwendigen Forschungsaufenthalt vor Ort, nämlich im Südkärntner Raum und auch an der Universität Graz, konnte Douglas McKnight im Rahmen eines, vom österreichischen Wissenschaftsministerium bereitgestellten, Fulbright-Mach Awards absolvieren.

Wie ist ein US-Literatur- und Kulturwissenschaftler zu diesem besonderen Forschungsthema gekommen? Den eingereichten Unterlagen lässt sich jedenfalls ein schon frühes Interesse an zeitgenössischer österreichischer Literatur und österreichischer Zeitgeschichte entnehmen sowie ein Fokus auf das Feld der Memory Studies. In seiner 2015 abgeschlossenen Masterarbeit hat sich Douglas McKnight mit der Pionierin der europäischen Gedächtnisgeschichte, mit Aleida Assmann, auseinandergesetzt. 2015/16 hat er, das soll nicht unerwähnt bleiben, im Rahmen eines Fulbright Programms an einem Gymnasium in Feldkirchen – ich tippe einmal, es war Feldkirchen in Kärnten – Englisch als Fremdsprache unterrichtet. 2018 ist

McKnight für einen Aufsatz über das kulturelle und kommunikative Gedächtnis in Maja Haderlaps Buch *Engel des Vergessens* von der amerikanischen Society for Slovene Studies ausgezeichnet worden.

Und nunmehr liegt mit seiner bemerkenswerten Dissertation ein wichtiger, die Forschungen zum österreichischen Gedächtnis bereichernder und vor allem auch schärfender Beitrag vor – und zwar mit einer bewusst regionalen Perspektive.

Eine zu normativ gewordene transnationale Ausrichtung von Erinnerungskulturen und ihrer Erforschung übersehe, so die kritische Prämisse der Arbeit, dass es in den nationalen Gedächtnissen widerstreitende Dynamiken gibt. Eine in Österreich bekanntlich besonders kontroverielle Erinnerungsdynamik nimmt McKnight nun in seiner Dissertation in den Blick und untersucht mit Fokus auf Südkärnten und die Volksgruppe der Slowenen, wie eine ethnische Minderheit eine marginalisierte Vergangenheit im Rahmen einer ablehnenden offiziellen Gedenkkultur erinnert.

Douglas McKnight geht dieser Forschungsfrage mit dem reflektierten Wissen nach, dass es sich bei der slowenischen Volksgruppe nicht um eine geschlossene Community handelt, dass aber über alle soziale und weltanschauliche Heterogenität hinweg die Erfahrungen von nationalsozialistischer Verfolgung, von zwangsweiser Umsiedlung und von antifaschistischem Widerstand zu einem festen Bestandteil Kärntner-slowenischer Vergangenheitsnarrative geworden sind – und dass sich das daran geknüpfte Gedenken und Erinnern zu einem breit geteilten Anliegen der Minderheit entwickelt hat.

Im selben Ausmaß vollzog sich die Ablehnung und Ausblendung dieser slowenischen Erinnerungstraditionen seitens der

deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung und ihrer politischen RepräsentantInnen. Auf dieser Seite und in der gesamten offiziellen Erinnerungskultur wird der sogenannte Kärntner Abwehrkampf aus den Jahren 1919/20 als dialektisches Gegenbild zum slowenischen Partisanenwiderstand gegen den Nationalsozialismus in Szene gesetzt.

In seiner Dissertation nimmt uns der Autor in drei großen Abschnitten auf eine erhellende und spannend zu lesende Erkundungsreise mit. Es ist zunächst eine mehrmonatige Feldforschungsreise im wörtlichen Sinn, nämlich durch die Südkärntner Erinnerungslandschaft. Denkmäler beider Seiten, Gedenkstätten, Gräber auf Friedhöfen, Museen werden aufgesucht, mit Fotoabbildungen belegt; und mit einem diskursanalytischen sowie erinnerungsdidaktischen Instrumentarium wird in einer Feinanalyse herausgearbeitet, wie die unterschiedlichen Erinnerungsorte jeweils sozusagen „funktionieren“, welche Botschaften sie an die Mit- und Nachwelt transportieren, welche Narrative, Bilder angeboten werden, in welcher Weise sie den/die individuelle BetrachterIn involvieren, welche Gegen-Botschaften sie in den öffentlichen Raum hinein signalisieren: etwa der Peršmanhof in Bad Eisenkappel/Železna Kapla, der vom einstigen Tatort eines Massakers an Partisanen zum Erinnerung- und Lernort geworden ist, und das ausschließlich aus der slowenischen Community heraus betrieben.

Sehr aufschlussreich gelingt es der Dissertation zudem, die Südkärntner Befunde einzubinden in einen Diskurs zu internationalen Erinnerungsorten, an denen ebenfalls durch ein Counter-Narrativ die offiziellen Narrative herausgefordert werden – etwa in Südafrika, in den USA (die Native Americans betreffend) oder in Polen

bezogen auf das Warschauer Ghetto und die Verfolgung der Jüdinnen/Juden.

Erinnerungslandschaften unterliegen dynamischen politischen, sozialen und diskursiven Prozessen, bis in die Gegenwart herein. In einem zweiten großen Abschnitt geht es in der Dissertation folglich um die Frage, wie die gewachsene und sich verändernde Südkärntner Erinnerungslandschaft im 21. Jahrhundert von slowenischen ErinnerungsaktivistInnen genützt, belebt, mit neuen Bedeutungen aufgeladen wird. Auf der Basis qualitativer und systematisch ausgewerteter Interviews wird herausgearbeitet, wie sehr verschiedene slowenische Vereine die bestehende Erinnerungslandschaft zu einer pädagogischen Ressource machen für die Gegenwart, für eine Auseinandersetzung mit Themen wie Diktatur, Gewalt, Minderheitenrechte und andere aktuelle zivilgesellschaftliche Anliegen.

Der dritte und abschließende Teil der Dissertation führt uns in einen weiteren Bereich Kärntner-slowenischer Strategien des Thematisierens von und Erinnerns an die Geschichte der Volksgruppe: nämlich literarische Werke, in denen diese Geschichte und das Trauma von NS-Verfolgung, Deportation und Widerstand dagegen repräsentiert sind.

Im Zentrum der Analyse steht die Autorin Maja Haderlap, die in ihrem 2011 veröffentlichten Roman *Engel des Vergessens* die Geschichte ihrer Familie zum Brennglas für die allgemeine Slowenische Geschichte macht und für diese Geschichte erstmals eine größere – über die slowenische Community hinausgehende – Aufmerksamkeit erreichen kann.

In der Dissertation wird Maja Haderlap aufschlussreich in den Kontext gestellt zu der mittlerweile schon mehrere Generationen umfassenden Kärntner-slowenischen Nachkriegsliteratur, beginnend mit den auf Eigenerfahrungen beruhenden Memoiren

von Widerstandskämpfern, Oral History-Dokumenten und autobiografischen Texten, die in der Reihe *Bücher gegen das Vergessen* im Drava-Verlag erschienen sind. Sie verkörpern, so McKnight, das sogenannte kommunikative Gedächtnis der Erlebnisgeneration.

Maja Haderlap, die – als Tochter eines Partisanen und Enkelin einer das KZ Ravensbrück überlebenden Großmutter – sozusagen der zweiten und dritten Generation angehört, habe es geschafft, slowenische Geschichte nun aus dem kommunikativen Gedächtnis ins kulturelle Gedächtnis zu holen, ein wichtiger Erfolg, aber integriert in das offizielle österreichische Gedächtnis sei diese auch weiterhin nicht.

Das gelte insbesondere für die Kärntner Erinnerungspolitik, in welche die symbolischen Hierarchien und Machtverhältnisse zwischen Minderheit und Mehrheitsbevölkerung nach wie vor eingeschrieben sind, so werde etwa der schon genannte Peršmanhof, die bedeutendste slowenische Gedenkstätte, zwar mittlerweile auch von deutschsprachigen ÖsterreicherInnen wahrgenommen, aber in erster Linie von außerhalb der Grenzen des Bundeslandes. Die Wahrnehmung von außen kann sich, wie ich meine, durch die vorliegende Dissertation noch erhöhen, und zwar im positiven Sinn. Denn, in englischer Sprache verfasst, kann sie das Thema aus dem lokalen Südkärntner Raum möglicherweise verstärkt auch in eine internationale Rezeption hineintragen.

Douglas McKnight hat mit seiner Arbeit und ihrer besonderen regionalen Perspektive den Forschungen zum österreichischen Gedächtnis einen wichtigen Baustein hinzugefügt. Das gewählte Thema, die ausgezeichnete Kenntnis des Forschungsstandes, der eigene interdisziplinäre Zugang, der auf das Know von Geschichts- und Literaturwissenschaft, kritischer Geografie,

dichter ethnografischer Beschreibung und diskursanalytischer wie museumspädagogischer Analyse zurückgreift, sowie die gelingende Balance zwischen Sympathie mit dem Thema und gebotener wissenschaftlicher Distanz haben die Jury überzeugt.

Im Namen der Jury gratuliere ich Douglas McKnight zu dieser engagierten Leistung und zum Herbert Steiner-Preis 2021.

Peter Huemer

Laudatio für Elisabeth Luif:

„... daß die Arbeiterschaft unmittelbar als erster Waggon hinter der Lokomotive rangiert.“ Integrationsstrategien im Austrofaschismus am Beispiel der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“

Der Titel dieser Arbeit ist ein Zitat: „... daß die Arbeiterschaft unmittelbar als erster Waggon hinter der Lokomotive rangiert.“ Es ist dies ein eher verhatschter Satz des Bundeskanzlers Schuschnigg, der damit die Wichtigkeit der Arbeiter betonen will, während er sie gleichzeitig herabsetzt. Daher: ein guter Titel für diese Arbeit. Untertitel: *Integrationsstrategien im Austrofaschismus am Beispiel der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“*. Es ist die Geschichte eines Scheiterns. Dieses Scheitern hängt wesentlich – und das zieht sich durch die ganze Arbeit – mit der, ich zitiere Luif, „katastrophale[n] wirtschaftliche[n] Realität der Arbeiterschaft“ zusammen. Die Arbeitslosigkeit blieb hoch. Erst ab 1937 gab es eine geringe wirtschaftliche Erholung und damit verbunden eine – auch wieder geringe – Senkung der Arbeitslosenrate. Elisabeth Luif führt das wesentlich auf „externe Faktoren“ zurück: auf das Ende der Tausend-Mark-Sperre mit dem Juliabkommen 1936 und auf einen internationalen Konjunkturaufschwung in Verbindung mit der Rüstungsindustrie.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Es war ganz besonders dieses ökonomische Scheitern des „Austrofaschismus“, eine unintelligente ängstliche repressive, an Unternehmerinteressen orientierte Wirtschaftspolitik, die die Hauptursache dafür war, dass im März 1938 so viele mit Blumensträußen und Jubel den Einmarsch der deutschen Truppen begrüßt haben.

Zum von Elisabeth Luif und mir eben verwendeten Begriff „Austrofaschismus“, der meines Erachtens zu Recht nach wie vor in Diskussion steht: Elisabeth Luif bezieht hier eine differenzierte Position.

Einreichfrist für den Herbert-Steiner-Preis 2022: 31. Mai 2022

Kontakt: Christine Schindler, BA MBA

Wir bitten Interessierte, folgende Unterlagen per E-Mail an herbert.steiner.preis@doew.at oder christine.schindler@doew.at zu übermitteln:

- Lebenslauf und ggf. Publikationsliste,
- wissenschaftliches Manuskript (auch Diplomarbeiten oder Dissertationen) zu den oben genannten Themen
(bitte senden Sie auch zwei Ausdrücke der Arbeit per Post an:
Herbert-Steiner-Preis, c/o DÖW, z. H. Christine Schindler, BA MBA,
Wipplingerstraße 6–8, A-1010 Wien),
- Abstract der Arbeit.

Sie schreibt: „Im speziellen Kontext Österreichs zwischen 1933 und 1938 ist eine klare Unterscheidung von Faschismus und Konservatismus aufgrund einer ähnlichen Interessenslage in der sozialen Frage, gemeinsamen Traditionslinien und bestehender personeller und ideologischer Überschneidungen daher nicht sinnvoll.“ Ich wiederhole: Unterscheidung Konservatismus/Faschismus in Österreich 1933 bis 1938 nicht sinnvoll. Daraus ergibt sich für die Autorin: „Das ist keine Gleichsetzung des österreichischen Regimes mit anderen europäischen Faschismen, vielmehr kann so eine Perspektive Unterschiede, aber auch [...] Ähnlichkeiten aufzeigen.“ Damit verteidigt Elisabeth Luif den Begriff „Austrofaschismus“, zeigt aber auch die Problematik, die in der Zuschreibung steckt. Mit dieser präzisen Eingrenzung werden auch die einverstanden sein, die darauf hinweisen, was der Diktatur in Österreich an zentralen faschistischen Elementen gefehlt hat: Führerfigur, Massenbewegung, Modernität, aggressive Außenpolitik. Andererseits: Die österreichische Diktatur hat dem deutschen und italienischen Faschismus so vieles nachgemacht, dass man das faschistische Element nicht übersehen kann, aber es hat eben nicht erreicht („auf halben Wegen und zu halber Tat“). Daher: Austrofaschismus. Und der war am Ende weniger kriminell als die großen Vorbilder.

Zurück zum Thema: Die Soziale Arbeitsgemeinschaft wurde im März 1935 gegründet. Das ist bemerkenswert spät, nachdem die legitime Arbeiterbewegung im Februar 1934 zerschlagen worden war. Natürlich hatte es bald danach erste Bemühungen um die Arbeiterschaft gegeben: ab April 1934 die „Aktion Winter“, deren Geschichte und frühes Scheitern Luif kurz beschreibt. Dann ab Juli 1934 – noch unter Kanzler Dollfuß – ein „Arbeitskreis für die Probleme der Arbeiterfragen“. Der kam aber bald in Konflikt mit der „Aktion Winter“ und den christlichen Gewerkschaften. Es ist ein Kampf

um die Macht – eine bescheidene Macht allerdings im Rahmen einer Diktatur, die ängstlich vermeidet, Arbeiterorganisationen, und seien sie noch so christlich, Macht und Autonomie zuzubilligen.

Daran ändert sich auch nichts mit der Gründung der Sozialen Arbeitsgemeinschaft. Dieser innere Widerspruch, den Elisabeth Luif detailliert beschreibt, zieht sich durch bis zum bitteren Ende. Noch in den letzten Februartagen 1938 stellten sich Teile der Sozialen Arbeitsgemeinschaft gegen die – letztlich ohnehin ergebnislosen – Gespräche der Regierung mit der linken Opposition. Hier würden, so Luif, die „wirklich berufenen Vertreter der Arbeiterschaft“ ausgeschaltet, lautete die Klage.

Woher diese dreiste Selbstüberschätzung? Verblendung mag eine Rolle gespielt haben. Diese Gefahr besteht, wenn Kritik verboten ist. Aber viel wichtiger ist wohl, dass die führenden Funktionäre der Sozialen Arbeitsgemeinschaft zwar wenig gestaltende Macht hatten, aber sie hatten Posten! Und die waren einigermaßen bezahlt und umso sicherer, je weniger sie aufmuckten. Aber ganz übersehen werden wollten sie auch nicht. Daher der Protest, wenn die Regierung auf einmal mit wirklichen Vertretern der Arbeiterschaft verhandelt. Wo die von der Sozialen Arbeitsgemeinschaft doch immer so loyal gewesen waren der Regierung gegenüber! Und damit eigentliche Arbeiterinteressen einigermaßen konsequent verraten hatten.

Das auch deswegen, weil die Arbeitsgemeinschaft, damit sie möglichst wenig Eigenleben entwickelte, im Rahmen der Vaterländischen Front organisiert worden war und die wiederum war zwar weit von der Anziehungskraft einer wirklichen faschistischen Massenbewegung entfernt, aber viele Mitglieder – oft auch Zwangsmitglieder – hatte die Vaterländische Front schon und intern, also im austrofaschistischen Rahmen, war sie durchaus ein Machtfaktor und hat sich auch so verhalten. Entsprechend daher die Position der Sozialen Arbeitsgemeinschaft zur Regie-

runbspolitik. „Lob und verhaltene Kritik“, schreibt Elisabeth Luif. Dem sei hinzugefügt: Je weiter oben, desto verhaltener die Kritik. In den unteren Rängen ist es etwas anders. Da wird zuweilen durchaus kritisiert „dass Arbeiter, die sich für ihre Rechte einsetzen, als Kommunisten abgestempelt würden. Die Nazis seien eine viel größere Gefahr, aber sie fänden Entgegenkommen.“

Doch offenbar nicht wirklich in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft. Dort sei nationalsozialistischer Einfluss in den vorhandenen Quellen nicht nachweisbar, schreibt Elisabeth Luif und das geht in Richtung der von ihr zitierten Einschätzung von Helmut Konrad, die NSDAP sei in der österreichischen Arbeiterschaft „stets unterrepräsentiert“ geblieben, wiewohl es „durchaus beträchtliche“ regionale Einbrüche in das vormals sozialdemokratische Lager gegeben habe. Aber eben nur regional. Und Ähnliches trifft wohl auch auf die viel kleinere christliche Arbeiterschaft zu. Erst im Dezember 1937 warnt Alfred Maleta, „insbesondere unter den Handels- und Industrieangestellten [solle] auf das Bekenntnis zu Österreich geachtet werden“. Doch zu diesem Zeitpunkt stand Österreichs Untergang schon knapp bevor.

Ich habe nur einige Aspekte dieser bemerkenswerten Arbeit besprochen. Eine Laudatio ist kein Inhaltsverzeichnis. Hier ging es darum, ansatzweise zu skizzieren, was wir aus dieser Arbeit lernen können. Ich möchte daher zum Schluss Elisabeth Luif zitieren mit ihren Ansprüchen, die sie an sich selbst und an andere stellt, die sich wissenschaftlich mit Geschichtsschreibung befassen. Sie schreibt im Vorwort ihrer Arbeit: „[...] die Erforschung der Geschichte [ist] kein Selbstzweck [...] Das Wissen über die eigene Geschichte kann uns [...] helfen, die historischen Dimensionen gegenwärtiger Debatten zu verstehen und Gegenstrategien zu entwickeln.“ Ich gratuliere Elisabeth Luif zum Herbert-Steiner-Preis.

REZENSIONEN

Tarach, Tilman: Teuflische Allmacht. Über die verleugneten christlichen Wurzeln des modernen Antisemitismus und Antizionismus. Berlin–Freiburg: Edition Telok 2021. 224 S.

Lange dominierte die Auffassung, wonach ein religiöser „Antijudaismus“ und

ein rassistischer „Antisemitismus“ strikt zu unterscheiden seien, auch in der Fachliteratur. Auf den ersten Blick gab es gute Gründe dafür, denn die Ablehnung von religiösen Auffassungen muss nicht notwendigerweise mit der Konsequenz einer rassistischen Vernichtungspolitik einhergehen. Gleichwohl ignorierte diese Deutung, dass aus Inhalten der religiösen Ju-

denfeindschaft eben auch Konsequenzen für rassistische Praktiken ableitbar waren. Darauf macht erneut der promovierte Jurist Tilman Tarach aufmerksam, sein Buch zum Thema trägt den Titel: *Teuflische Allmacht. Über die verleugneten christlichen Wurzeln des modernen Antisemitismus und Antizionismus*. Der Autor will darin der Frage nachgehen, „in welchem Verhältnis

die Gründungsmythen und Leitideen der christlichen Lehre *als solche* zum Antisemitismus stehen – und zwar durchaus auch zum modernen, nationalsozialistischen und [...] auch [...] israelbezogenen Antisemitismus“ (S. 9 f.).

Bei seiner Erörterung dazu geht Tarach indessen nicht mit einem entwickelten Untersuchungsinstrumentarium vor, postuliert er doch bereits zu Beginn: „Die nationalsozialistische Weltanschauung war mehr als gemeinhin angenommen von Ideologemen des christlichen Judenhasses durchsetzt“ (S. 10). Genau dafür liefert der Autor dann aber auch viele Belege anhand von historischen Quellen, wobei er den ideengeschichtlichen Hintergründen der rassistischen Judenfeindschaft nachgeht. Er differenziert dabei schon in der Einleitung wohlütend, wenn etwa zwischen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit unterschieden wird, ohne dabei die bestehende Gemeinsamkeit von diffamierenden Gruppenbildern zu leugnen. Dann werden anschaulich die vielen christlich geprägten jüdenfeindlichen Stereotype von Tarach hervorgehoben, wobei die Fortexistenz mittelalterlicher Hassbilder erkennbar ist. Es geht um „Christusmörder“, „Giftmörder“, „Gottesmörder“, „Kinder des Teufels“ oder „Reinheit des Blutes“.

Auch die hier letztgenannte rassistische Komponente lässt sich bereits vor dem 19. Jahrhundert nachweisen, wie der Autor dann als Beleg für seine Kontinuitätsthese aufzeigt. Denn derartige Auffassungen gab es bereits in den spanischen Blutreinhaltsgesetzen des Spätmittelalters. Noch deutlicher zeigt sich anhand von älteren Behauptungen die gemeinte Kontinuität, etwa bei „gelbem Fleck“ und „Judenstern“ auf der Kleidung oder bei „Ritualmord“- und „Kindermörder Israel“-Vorwürfen. Der Autor macht in den jeweiligen Kapiteln exemplarisch die gemeinten Kontinuitäten deutlich, wobei Bildernachdrucke und Zitate anschaulich wirken. Ergänzt werden diese Ausführungen durch Exkurse zu besonderen Themen, seien es die Auffassungen von „Christlichen Zionisten“, „Juden im Islam“ oder die „Ideologie des Christentums“. Dieser letzte Abschnitt im Buch fragt nach den prägenden Inhalten der christlichen Religion, die für den aus ihr ableitbaren Anstieg der Judenfeindschaft genannt werden könnten. Der Autor belässt es dabei aber bei drei Seiten.

Darüber hinaus scheint auch ein besonderer Aspekt gegen seine zentrale Deutung zu sprechen: Zwar waren die genannten Agitationsinhalte ähnlich, eine christliche Vernichtungsgewalt gab es aber nicht. Be-

lässt man die grundlegende Aussage des Autors auf der Ebene der ideengeschichtlichen Wirkung, dann spricht diese Einsicht auch nicht gegen die von ihm postulierten Zusammenhänge. Ein wichtiger Gesichtspunkt, der seine Deutung stützen würde, kommt indessen nicht gesondert vor: die Absicht einer „Erlösung“ eben durch die „Endlösung“. Saul Friedländer, ein bekannter israelischer Historiker, hatte treffend von einem „Erlösungsantisemitismus“ gesprochen. Damit machte er indirekt darauf aufmerksam, dass sich in der nationalsozialistischen Judenvernichtung eben auch latente religiöse Prägungen artikulierten. Insofern spricht gegen die Kontinuitäten, die das auch für Tarach zentrale Thema sind, eben gar nicht so sehr der eigentliche ideologische Motivationsfaktor. Derartige Denkungsarten bedürfen auch heute noch der kritischen Reflexion.

Armin Pfahl-Traugher

Möller, Kolja (Hrsg.): Populismus. Ein Reader. Berlin: Suhrkamp-Verlag 2022. 369 S.

Mit politischem Blick auf die Entwicklung in unterschiedlichen Ländern wird immer wieder von populistischen Siegeszügen gesprochen. Gemeint sind damit Erfolge von Parteien und Politikern, die ihre öffentlichen Diskurse mit einem behaupteten Dualismus von Elite und Volk versehen. Mal ist damit die *Alternative für Deutschland*, mal die *Freiheitliche Partei Österreichs*, mal Marine Le Pen, mal Donald Trump gemeint. Doch was bedeutet dabei eigentlich „Populismus“? Handelt es sich um eine politikwissenschaftliche Kategorie oder um ein politisches Schlagwort? Worin bestehen die Alleinstellungsmerkmale von Populismus, handelt es sich eher um eine Ideologie oder um einen Stil? Derartige Fragen prägen die Kontroversen in der Literatur zum Thema. Wer nach Antworten sucht, kann jetzt in eine Textsammlung blicken. Sie wurde von der Politikwissenschaftlerin Kolja Möller unter dem schlichten Titel *Populismus. Ein Reader* herausgegeben. Darin finden sich 14 ältere und neuere Texte zum Thema, der älteste stammt von 1932, der jüngste von 2021.

Nicht alle nutzten auch den Populismus-Terminus, äußerten sich aber zu dem gemeinten Phänomen. Dies gilt etwa gleich für den ersten Beitrag, der von dem italienischen Marxisten Antonio Gramsci stammt. Er erklärte sich mit einschlägigen Deutungen den seinerzeitigen italienischen Faschismus unter Mussolini. Man findet

bei den älteren Abhandlungen auch Beiträge von früheren Sozialwissenschaftlern, etwa von Leo Löwenthal, der damalige faschistische Agitatoren, oder von Franz L. Neumann, der Angst und Politik im Zusammenhang untersuchte. Auch Isaiah Berlin als Ideengeschichtler und Ralf Dahrendorf als Soziologie sind mit eher kurzen Statements vertreten. Dazwischen finden sich Analysen von marxistisch geprägten Autoren wie Stuart Hall und Ernesto Laclau. Diesen ersten Beiträgen folgen dann weitere, welche die politische Gegenwart verständlich machen wollen. Dazu gehört eine Abhandlung des hier bekannten Forschers Cas Mudde, der auch eine eigene Definition von Populismus präsentiert und sie mit zusätzlichen Reflexionen erläutert.

Die dann folgenden Abhandlungen fragen etwa nach den Kernelementen von Populismus wie bei Karin Priester oder kritisieren Fehldeutungen des Gemeinten wie bei Jan-Werner Müller. Meist sind die Beiträge auf den Rechtspopulismus bezogen, wobei Chantal Mouffe mit ihrem Plädoyer für einen linken Populismus einen anderen Weg einschlägt. Andere Beiträge fragen nach den Gründen für populistische Wahlerfolge, wobei etwa Philip Manow eine Politische Ökonomie des Populismus entwickeln will. Demgegenüber plädiert Wilhelm Heitmeyer für einen anderen Terminus, solle man doch für das Gemeinte von einem „autoritären Nationalradikalismus“ sprechen. Und Armin Schäfer und Michael Zürn gehen auf den Zusammenhang ein, der zwischen einem Populismus und einer Repräsentationskrise bestehe. Auffällig in diesem Band, der bei Suhrkamp erschien, ist, dass sieben von insgesamt 14 Beiträgen zuvor ebenfalls bei Suhrkamp erschienen. Nicht alle passen zum eigentlichen Thema, was aber auch ein bloßer Zufall sein mag.

Eingeleitet wird der Band von einer Darstellung der Herausgeberin, worin zum Forschungsstand in den Politik- und Sozialwissenschaften ein Überblick gegeben werden soll. Unbestritten werden von ihr wichtige Informationen zum Thema geliefert. Dabei geht es etwa um eine Erörterung des zur Globalisierung oder zur Volkssouveränität bestehenden Zusammenhangs. Auch werden neuere Erklärungsansätze für die kommende Populismusforschung vorgestellt. Und doch hätte man sich in der Einleitung mehr in verschiedenerlei Hinsicht gewünscht: Dazu gehörten mindestens Angaben zu den folgenden Autoren und den Hintergründen ihrer Texte, was nur in Ausnahmen der Fall ist. Noch wichtiger wäre eine Ausdifferenzierung

von Deutungen des Populismus gewesen, eben etwa als Minimalideologie oder als Politikstil. Auch der Aspekt, inwieweit für Demokratie eine Gefahr durch Populismus besteht, hätte bereits in der Einleitung als Problemfeld thematisiert werden können. Gleiches gilt noch hinsichtlich der Erscheinungsformen oder Ursachen.

Armin Pfahl-Traugher

Friedländer, Saul, Norbert Frei, Sybille Steinbacher, Dan Diner: Ein Verbrechen ohne Namen: Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust. München: C. H. Beck 2022. 94 S.

Wenn nach der Befreiung von der NS-Herrschaft die Nachlebenden schuldbelastende Tatsachen nicht mehr abzustreiten und zu verleugnen waren, erlagen diejenigen, die als Täter und Mittäter genaue Kenntnisse von den „Ereignissen“, wie sie sagten, hatten, oft der Versuchung, die Gewaltverbrechen umzubenennen. Lange gelang es den Tätern nicht nur, Verantwortung abzuwehren und Taten abzustreiten, sondern sogar deren Tatsachengehalt in Zweifel zu ziehen. Man bestritt dann die Existenz von Vernichtungslagern und Gaskammern, entwickelte die „Holocaust-Lüge“ oder fabulierte von einem Krieg, den die Juden dem Deutschen Reich erklärt hätten und der einfach Gegenwehr nach sich gezogen hätte. Dabei haben die vor Gericht stehenden Gewalttäter die Tatsachen nicht bestritten, sondern nur ihre Mitschuld. Manchmal relativierten „Revisionisten“ und Rechtsextremisten die Verbrechen durch Vergleiche, nicht, um sie dadurch zu präzisieren, sondern vor allem, um die Untaten und auch die Schande abzuwehren. Die Nationalsozialisten hatten die Realitätsverweigerung durch ihre verlogene Sprache vorbereitet, sprachen sie doch von Euthanasie, wenn es um die Ermordung von Menschen ging, die sie für „Ballastexistenzen“ und für „lebensunwert“ hielten. Sie gaben dem Begriff „Sonderbehandlung“ eine nur ihnen verständliche Bedeutung und sprachen technokratisch von „Endlösung“, wenn es um die Ermordung der europäischen Juden und Jüdinnen in Anlagen ging, die nur ein Ziel hatten: Menschen zu ermorden und Leichname zu verbrennen.

Angewandte Sprachwissenschaftler nennen Versuche, Wirklichkeit durch Sprache zu verfälschen, *Framing*. Ein die Wirklichkeit verzerrendes *Framing* wäre den Nationalsozialisten fast gelungen, wenn Historiker nicht die Realität des Völkermords, nicht selten gegen Widerstände der

Nachlebenden, aufgeklärt hätten, oftmals in der Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden und Gerichten. Es gelang den Nationalsozialisten nicht, den systematisch vorbereiteten und geradezu „fabrikmäßig“ durchgeführten Völkermord an den Juden, an Sinti und Roma durch Begriffe zu camouflieren. Die *Lingua tertii imperii* (Klemperer) erleichterte es später Schreibtischtätern zu behaupten, sie hätten nichts gehört, nichts gewusst und natürlich nichts gesehen. Sie nutzten das *Framing*, um sich und die Nachkriegsgesellschaft zu betrügen, weil sie der Verachtung und Bestrafung entgehen wollten. Ob die zeitgeschichtliche Forschung aber letztlich dauerhaft für Klarheit sorgen konnte, bleibt immer fraglich und so eine ständige Herausforderung. David Irving, aber auch Ethnologen und Genozid-Forscher trugen dazu bei und bereiteten einer Geschichtsklitterei den Boden, den rechtspopulistische Parteien oder neofaschistische und „revisionistische“ Publizisten, nicht zuletzt „Identitäre“ beackern konnten.

Angesichts der Fakten blieben ihnen aber Interpretationsspielräume, bei denen sie sich auf Rede- und Meinungsfreiheit beriefen. „Man werde doch noch sagen dürfen“ – dieser harmlos klingende Satz wurde zur Rechtfertigung. Wer sich dagegen wehrte, wurde als „Gutmensch“ bezeichnet oder als Anhänger einer *Cancel Culture* verspottet. Dabei geht es um ein sachliches Problem, wenn bezweifelt wird, dass Kolonialverbrechen nicht der Relativierung des Völkermords durch Einsatzgruppen und Vernichtungslager dienen. Dieser Zusammenhang wird seit einigen Jahren durch eine vergleichende Genozid-Forschung betont, die nicht nur Kolonialverbrechen als Thema der modernen Gewaltgeschichte ausmacht, sondern die jahrzehntelange, in Wellen stattfindende Aufarbeitung der NS-Verbrechen als Kernbereich einer Zivilreligion ausmacht, die angeblich von „Hohepriestern“ der Vergangenheit bewacht werde.

Ursprünglich als Reaktion auf die Balkankriege und die Massenmorde in Uganda entstanden, wurde die vergleichende Genozid-Geschichte in das 19. Jahrhundert, in der Regel nicht weiter, etwa in die Zeit der Konfessionskriege, der Inquisition oder in die Zeit Karls d. Gr., zurückverlängert. Denn es ging nicht um die Vergangenheit allein, sondern um die Gegenwart und die Zukunft. Zeithistoriker haben die Folgen dieses neuen Ansatzes, der zuerst im Zusammenhang mit der Menschenrechtsdeklaration der UNO vom 10. Dezember 1948 stand, zunächst unterschätzt

und nicht erkannt, was aus der Genozid- und Gewaltforschung für die Erforschung und vor allem für die Bewertung des Völkermords an den Juden folgte. Dies wurde deutlich, als einer der führenden rechtspopulistischen Politiker der AfD von dem Makro-Verbrechen der NS-Zeit, der „Endlösung der Judenfrage“, als einem historischen „Fliegenschiss“ sprach – so der AfD-Politiker Alexander Gauland. Dass das Berliner Holocaust-Mahnmal als Ausdruck des deutschen „Schuldkults“ charakterisiert wurde, war dann nicht einmal mehr überraschend. Der in den USA lehrende Genozid-Forscher A. Dirk Moses verfasste am 23. Mai 2021 – in der Bundesrepublik der Jahrestag der Annahme des Grundgesetzes – schließlich einen *Katechismus der Deutschen*, der sich als Matrix des rechtspopulistischen „Revisionismus“ lesen lässt.

Mit fünf Beiträgen, bei denen es sich mit Ausnahme des glänzenden Essays von Sybille Steinbacher um – teilweise leicht überarbeitete – Nachdrucke handelt, schalten sich vier weltweit anerkannte Historiker in die seit zwei Jahren laufende Debatte über die Verbindungen zwischen Kolonialverbrechen und NS-Massenverbrechen ein, die bereits unter dem Begriff „Historikerstreit 2.0“ in die Feuilletons eingesickert ist. Es geht nicht nur um die deutsche Zeitgeschichte, sondern letztlich um die Entlegitimierung Israels durch die Unterstellung, die Palästinenser wie eine imperialistische Macht zu kolonisieren. Auch der Völkermord an den Juden wird in die Geschichte der Kolonialverbrechen des 19. und 20. Jahrhunderts eingeordnet. Erst dies erklärt, dass auch die Gründung Israels von einigen Genozid-Forschern als eine Art Kolonisierung Palästinas gedeutet wird und „Auschwitz“ als Metapher der Massenverbrechen mit der israelischen Politik gegenüber Palästina verbunden werden kann. Dies begünstigt eine ausufernde Auseinandersetzung über Kolonialverbrechen, die mit dem Völkermord an den Juden analogisiert und mehr gleichgesetzt als verglichen werden. Insofern handelt es sich nur um einen Deutungsstreit, der an den Historikerstreit der 1980er-Jahre erinnern kann. Auch er war nur ein Meinungsstreit. Hier setzen die klugen Essays an. Sie bestreiten nicht die Notwendigkeit, die Kolonialverbrechen zu erforschen, bezweifeln lediglich ihren Zusammenhang mit den nationalsozialistischen Makroverbrechen, deren historischer Kontext rechtfertigt, sie als präzedenzlos zu bezeichnen.

Kolonialverbrechen bekommen in der Einwanderungsgesellschaft gewiss eine

neue Bedeutung. Jürgen Habermas plädiert deshalb eingangs für die Integration der Kolonialgeschichte in das gegenwärtig entstehende Geschichtsbild einer durch Migration, Flucht und Asyl geprägten Gesellschaft. Er befürwortet die historische „Erweiterung“ des historischen Selbstbildes der Gegenwartsgesellschaft, erwerbe doch „der Immigrant [...] die Stimme eines Mitbürgers, die von nun an in der Öffentlichkeit zählt und unsere politische Kultur verändern und erweitern kann“ (S. 13).

Indem Friedländer, Frei, Steinbacher und Diner auf die herausfordernden bedenkenswerten und gerade wegen der möglichen Einwände anregenden Thesen von A. Dirk Moses eingehen, präzisieren sie Vorstellung und Bedeutung von Völkermord und „Endlösung“. Moses hat seinen *Katechismus der Deutschen* in dem Schweizer Debatten-Portal *geschichte-dergegenwart.ch* veröffentlichen können. Sein Text verschafft dem Fachmann keine neuen Erkenntnisse, kann aber der historischen-politischen Bildungsarbeit helfen, weil er Kritik hervorruft, die helfen kann, nebenbei, Geschichtslegenden der Rechts-extremisten zu zerstören.

Friedländer, Frei, Steinbacher und Diner treten nicht in einen dogmatischen Streit ein, sondern besinnen sich auf die Tatsachen, die völlige, voraussetzungslose, willkürliche und ausweglose Ermordung aller Juden und Jüdinnen, die im Machtbereich nationalsozialistischer Herrschaft lebten, zusammengetrieben, teilweise durch Arbeit, teilweise unmittelbar nach der Selektion ermordet wurden, um die europäische jüdische Bevölkerung in ihrer Gänze auszurotten. Erinnerung wird an den langen und schwierigen, von gesellschaftlichen und politischen Widerständen behinderten Weg der Erinnerung, an die „hart erkämpften Errungenschaften der Gedenkkultur“ (Steinbacher, S. 66). Bereits die Tatsachen zu rekonstruieren war eine Leistung, Erinnerungen zum Gedenken zu konzentrieren eine andere. Die Zusammenführung von „Ereignis und Erinnern“ (Steinbacher, S. 57) spitzt Moses die Kritik an der Vorstellung des Holocaust-Erinnern als eine

Art „Zivilreligion“ zu, die widerspruchlos vor zwei Jahrzehnten in die Welt gesetzt wurde. Deutlich wird, dass es bei dem Streit nicht um Fakten, sondern um deren Deutungen geht, die Wirklichkeits-verstellend wirken, wenn sie zum *Frame* mutieren können. Dies ist erkennbar die Absicht vieler, die die ernsthafte, jahrzehntelange zeithistorische Erforschung des Völkermords diskreditierten, sei es, weil sie einen „Selbsthass“ oder gar einen „Schuldskult“ suggerierten, sei es, dass sie sich gegen geschichtspolitisch angeblich fügsame und von den Rechten als „Um-erzieher“ verächtlich gemachte Fachleute wandten, sei es, dass sie die Debatte über Kolonialverbrechen benutzten, um Juden als Unterdrücker bezeichnen und Vergleiche israelkritisch instrumentalisieren zu können.

Fast acht Millionen Zuschauer verfolgten die jahrestagsbedingte TV-Ausstrahlung der Inszenierung der „Wannseebesprechung“, auf der am 20. Jänner 1942 die Ermordung der europäischen Juden koordiniert wurde. Filme müssen immer unterkomplex sein. Deshalb wäre wissenschaftliche Kritik kurzgriffig. Sie können ebenso wie Jahrestage nicht nur Herausforderungen für die seriöse Zeitgeschichtsforschung sein, sondern bieten Chancen immer neuer und notwendiger historischer Bildung. Die Fakten des Völkermords liegen vor aller Augen. Wer es genau wissen möchte, kann nach der 16-bändigen Dokumentation *Die Verfolgung und Ermordung*

der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945 aus dem de Gruyter-Verlag greifen.

Es mag eine Binsen sein, wenn immer wieder die Wirklichkeit der millionenfachen Morde bekräftigt werden muss. Aber es ist notwendig, Geschichtsklitterern entgegenzutreten, die immer neue Zweifel säen wollen. Der Klarstellung dient dieses kleine und wichtige Buch. Der Titel allerdings scheint mir unglücklich gewählt, so unglücklich, wie weiland der Titel *Zweierlei Untergang* mit den beiden Vorträgen des Historikers Andreas Hillgruber, der Massenmorde an den Juden und die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten zusammenführte und anscheinend gleichsetzte. Er leitete so mit Ernst Nolte den Historikerstreit ein. Natürlich handelte es sich beim Völkermord an den Juden nicht um ein „Verbrechen ohne Namen“, auch wenn Churchill 1941 es ähnlich formulierte. Begriffe wie „Holocaust“ und „Shoah“ haben einen eindeutigen deutschen Namen: Völkermord an den Juden.

Was um alles in der Welt hat erfahrene und ausgewiesene Erforscher des Völkermords, was den ansonsten sehr geschichtsbewussten Verlag nur bewegen, diesen Titel für ein Buch zu wählen, dem so fernliegt, nationalsozialistische Makroverbrechen nicht als das zu bezeichnen, was sie waren: Völkermord?

Peter Steinbach

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Verein „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8. Vereinsvorstand: Präsident: BM a. D. Rudolf Edlinger († 2021). Vizepräsidenten: DDr. Werner Anzenberger, Albert Dlabaja, KR Dr. Gerhard Kastelic, Dkfm. Dr. Claus J. Raidl. Kassierin: Univ.-Doz. Dr. Brigitte Bailer. Kassier-Stv.: PD Dr. Helmut Wohnout. Weitere Mitglieder: Sr. Dr. Ruth Beinhauer, Univ.-Prof. Dr. Ernst Berger, Präs. der IKG Oskar Deutsch, Univ.-Prof. Dr. Hubert Christian Ehalt, MMag. Markus Figl, DDr. Barbara Glück, Univ.-Prof. Dr. Gabriella Hauch, Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Jabloner, RA Dr. Heinrich Keller, Mag. Markus Kroiher, MA MA, Mag. Hannah Lessing, Willi Mernyi, Dr. Ariel Muzicant, Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, Assoz.-Prof. Dr. Bertrand Perz, Dipl.-Ing. Rudolf Schicker, Dr. Gerhard Schmid, Dr. Kurt Scholz, Mag. Terezija Stoitsits, Mag. Manfred Wirtitsch. Wissenschaftlicher Leiter: Dr. Gerhard Baumgartner. Kontrolle: Mag. Eva Blimlinger, Harald Ludwig, Dr. Richard Schmitz.

Richtung: Verbreitung von Informationen im Sinne der Grundsatzklärung des DÖW von 1963: „Das Archiv soll vor allem durch dokumentarische Beweise der zeitgeschichtlichen Erziehung der Jugend dienen. Sie soll mit den schrecklichen Folgen des Verlustes der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs sowie mit dem heldenhaften Kampf der Widerstandskämpfer bekannt gemacht werden. Das Archiv soll als bleibende Dokumentation verwahrt werden.“

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit:

Ingrid Bauer, Winfried R. Garscha, Peter Huemer, Eva Kriss, Armin Pfahl-Traugber, Peter Steinbach.

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller:

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mitternutzner, Tel. 22 89 469/322, e-mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat, Tel. 22 89 469/319, e-mail: office@doew.at; web: www.doew.at).

Diese Zeitung ist eine von
1.800 aus dem Leseprogramm von

APA-DeFacto GmbH
MEDIENBEOBACHTUNG

1060 WIEN, LAIMGRUBENGASSE 10
TEL.: 01/360 60 - 5123
E-MAIL: defacto@apa.at
INTERNET: <http://www.apa-defacto.at>

Ich bestelle folgende Publikationen:

Kombiangebot

Gedenken und Mahnen in Wien, Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998

Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I, Wien 2001. Euro 13,- (statt Euro 15,-) ... Stück

Institut Theresienstädter Initiative / DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch**. Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., Euro 29,- ... Stück

Herbert Exenberger / Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagrán**, Wien 2003, 112 S., Euro 5,- ... Stück

DÖW, **Katalog zur permanenten Ausstellung**. Wien 2006, 207 S., 160 Abb., Euro 24,50 ... Stück

DÖW, **Catalog to the Permanent Exhibition**, Wien 2006, 95 S., über 100 Abb., Euro 14,50 ... Stück

Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich. Festschrift für Brigitte Bailer, hrsg. vom DÖW, Wien 2012, 420 S., Euro 19,50 ... Stück

Barry McLoughlin / Josef Vogl, „... **Ein Paragraph wird sich finden**“. **Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer (bis 1945)**, hrsg. v. DÖW, Wien 2013, 622 S., Euro 24,50 ... Stück

Florian Freund, **Die Toten von Ebensee**. Analyse und Dokumentation der im KZ Ebensee umgekommenen Häftlinge 1943–1945, Braintrust, Verlag für Weiterbildung 2010, 444 S., Euro 29,- ... Stück

Wolfgang Neugebauer, **The Austrian Resistance 1938–1945**, Edition Steinbauer 2014, 336 S., Euro 22,50 ... Stück

Wolfgang Neugebauer, **Der österreichische Widerstand 1938–1945**, überarb. u. erw. Fassung, Edition Steinbauer 2015, 351 S., Euro 22,50 ... Stück

Rudolf Agstner / Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Föllner, **Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky**. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009, 630 S., Euro 29,90 ... Stück

Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien, Jahrbuch 2016, hrsg. v. DÖW, Wien 2016, 412 S., Euro 19,50 ... Stück

80 Jahre Internationale Brigaden. Neue Forschungen über österreichische Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg, hrsg. v. DÖW u. Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936–1939 und der Freunde des demokratischen Spanien, Wien 2016, 157 S., Euro 12,50 ... Stück

Wieder erhältlich

Jakob Rosenberg / Georg Spitaler, **Grün-weiß unterm Hakenkreuz**. Der Sportklub Rapid im Nationalsozialismus, hrsg. v. SK Rapid und DÖW, Wien 2011, 303 S., Euro 18,99

... Stück

„**Vor unserem Herrgott gibt es kein unwertes Leben**“. Die Predigt von Diözesanbischof Michael Memelauer bei der Silvesterandacht am 31. Dezember 1941 im Dom zu St. Pölten, hrsg. v. DÖW u. Diözesanarchiv St. Pölten, St. Pölten 2017, 42 S., Euro 5,-

... Stück

Zeithistoriker – Archivar – Aufklärer. Festschrift für Winfried R. Garscha, hrsg. v. Claudia Kuretsidis-Haider u. Christine Schindler im Auftrag des DÖW u. der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Wien 2017, 500 S., Euro 19,50

... Stück

Claudia Kuretsidis-Haider, **Österreichische Pensionen für jüdische Vertriebene**. Die Rechtsanwaltskanzlei Ebner: Akteure – Netzwerke – Akten, hrsg. v. DÖW, Wien 2017, 319 S., Euro 19,50

... Stück

Forschungen zu Vertreibung und Holocaust, Jahrbuch 2018, hrsg. v. DÖW, Wien 2018, 382 S., Euro 19,50

... Stück

Herwig Czech / Wolfgang Neugebauer / Peter Schwarz, **Der Krieg gegen die „Minderwertigen“**. Zur Geschichte der NS-Medizin in Wien / **The War against the „Inferior.“** On the History of Nazi Medicine in Vienna. Katalog zur Ausstellung in der Gedenkstätte Steinhof im Otto-Wagner-Spital der Stadt Wien, hrsg. v. DÖW, Wien 2018, 243 S., Euro 25,-

... Stück

Claudia Kuretsidis-Haider / Rudolf Leo, **„dachaureif“**. Der Österreichertransport aus Wien in das KZ Dachau am 1. April 1938. Biografische Skizzen der Opfer, hrsg. v. DÖW u. Zentraler österreichischer Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Wien 2019, 344 S., zahlr. Abb., Euro 25,-

... Stück

Widerstand und Verfolgung in der Steiermark. ArbeiterInnenbewegung und PartisanInnen 1938–1945. Mit einer Einführung v. Heimo Halbrainer, hrsg. v. DÖW, CLIO 2019, 760 S., 150 Abb., Euro 25,-

... Stück

Nisko 1939. Die Schicksale der Juden aus Wien, Jahrbuch 2020, hrsg. v. Christine Schindler im Auftrag des DÖW, Wien 2020, 447 S., Euro 19,50

... Stück

Verfolgung und Ahndung, Jahrbuch 2021, hrsg. v. Christine Schindler im Auftrag des DÖW, Wien 2021, 358 S., Euro 19,50

... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

Österreichische Post AG/

Sponsoring.Post

Zulassungs-Nr.

02Z031276 S

Verlagspostamt

1010 Wien